

Öffentliche Schule als Garant für Chancengleichheit

Hinzu kommen neue Schulen, wie die Europaschule in Differdingen und in Esch, die International School Michel Lucius in Luxemburg, die nicht den selben Regeln unterworfen sind wie die normale öffentliche Schule. Die LehrerInnen dort sind keine vereidigten Beamten (sie sind also eher ihrer Hierarchie als dem Gesetz verpflichtet) und die Kurse folgen zum Teil im Ausland eingekauften Lehrplänen. Ich befürchte, dass wir es hier mit einer schleichenden Privatisierung der Bildung zu tun haben. Wenn zunehmend private Schulen aus dem Boden schießen, die genau das anbieten, was Eltern sich erwarten, wird in der öffentlichen Bildung weiter eingespart werden und den LehrerInnen fehlen die angemessenen Mittel.

Ich erhoffe mir von der nächsten Regierung, dass in Zukunft wieder mehr in die öffentliche Schule investiert wird und die direkt Beteiligten mitbestimmen können über Inhalte und Prioritäten beim Einsatz der Mittel. Vielerorts wird Geld sinnlos ausgegeben (Rüstung), das dann bei SchülerInnen und LehrerInnen fehlt. Ein gut funktionierendes öffentliches Bildungssystem ist eines der effektivsten Mittel um Chancengleichheit für alle Kinder zu garantieren.

Die Stage-Zeit muss wieder gekürzt sowie pädagogisch gestaltet werden, um den Beruf des Lehrers attraktiver zu machen für gut qualifiziertes Personal. Kinder und Jugendliche müssen viel früher auf interessante Weise an wissenschaftliche Themen herangeführt werden. Die fortschreitende Digitalisierung unserer Lebensumstände und unserer Wirtschaft braucht eine für diese Herausforderungen gut gewappnete Generation. Außerdem müssen insbesondere Mädchen von klein auf aktiv in diesen Bereichen gefördert werden. In der Tat werden Mädchen und Jungen heutzutage noch immer sehr unterschiedlich von den Medien, im speziellen der Werbung, angesprochen. Um dem entgegen zu wirken, muss man aktiv an Mädchen herantreten, um sie für Wissenschaft und Technik zu begeistern, so dass wir sicher sein können, dass die zukünftigen Ada Lovelaces oder Katherine G. Johnsons ihr volles Potenzial entfalten können. ■



Tania Mousel

– Belvaux

– Employée de l'État in der Nationalbibliothek

– **déi Lénk**

– politisch aktiv seit November 2017

Der Finanzplatz muss sich für einen strukturellen Wandel einsetzen

A

Angesichts der politischen Stabilität und der europäischen und internationalen Integration hat sich der Luxemburger Finanzplatz in den letzten Jahren rasant entwickelt. Er gehört mittlerweile zu den attraktivsten der Welt. In den letzten Jahren ist zwar die Anzahl der Banken, bedingt durch Restrukturierungen und Fusionen, von 156 auf 142 zurückgegangen, das finanzielle Volumen der Einlagen ist aber weiter gestiegen.

Die „Erfolgsstory“ des Luxemburger Finanzplatzes wird oft mit drei Stichdaten in Verbindung gebracht: 1929 mit der Einführung des Gesetzes für Holdinggesellschaften, der Emission der ersten Obligation in Dollar bei der Banque Internationale à Luxembourg (BIL) 1963 und schließlich der Einführung des Bankgeheimnisses 1981. Parallel hat Luxemburg von der EU-Gesetzgebung profitiert und setzte beispielsweise 1988 als erster Mitgliedsstaat der damaligen Europäischen Gemeinschaft die europäische Regelung für „Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren“ (UCITS) um. Luxemburg wurde zum führenden Standort für den grenzüberschreitenden Fondsvertrieb.

Ein fragwürdiges Steuerrecht

Zudem hat die nationale Fiskalpolitik eine weitere bedeutende Rolle gespielt. Die rasante Entwicklung des Finanzplatzes wurde durch ein begünstigtes Steuersystem für Großunternehmen und Finanzgesellschaften beschleunigt. Nicht zufällig stand Luxemburg 2014 im Zentrum der Lux-Leaks-Enthüllungen des *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ). Durch Steuer-Deals, sogenannte „Tax Rulings“, sollen rund 340 Firmen ihre Steuerbelastung teils auf unter ein Prozent gedrückt haben. Diese Praktiken verstößen nach Ansicht des Finanzministeriums nicht gegen nationales oder internationales Recht. Wenn man aber die Grundlage dieser Praktiken genauer analysiert,

unabhängig von Ethik und Moral, stellt man schnell fest, dass ein Teil des Steuerrechts durch Rundschreiben (*Circulaires*) der Steuerverwaltung geregelt ist, die Steuerpolitik aber eine Kompetenz der Legislative ist. Ob dies verfassungskonform ist, sei dahingestellt.

Die Risiken einer monolithischen Wirtschaftsstruktur

Die Globalisierung hat den Transfer von Kapital, die Mobilität der Finanzunternehmen und die Interkonnektivität der Finanzmärkte intensiviert. Die Interkonnektivität der Märkte ist nicht unbedingt von Nachteil für die Wirtschaft, hat aber den Steuerwettbewerb zwischen den Staaten erhöht und keine gemeinsamen Rahmenbedingungen für Arbeit und Soziales gewährleistet. Luxemburg hat einerseits von dieser Entwicklung stark profitiert und sein Businessmodell teilweise auf Kosten anderer Staaten aufgebaut, andererseits hat es, wie schon einst mit der Stahlindustrie, eine monolithische Wirtschaftsstruktur aufgebaut, was fatale Folgen haben könnte.

Die Bilanzsumme der Banken in Luxemburg beträgt 1.597 % des BIP. Die Finanzindustrie beschäftigt zirka 47.000 Menschen, was 11 % der Gesamtzahl der Beschäftigten und ¼ des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. Der Finanzplatz hat aber auch Einfluss auf andere Dienstleistungen wie Gaststättengewerbe, Hotellerie, Handel, Transport und Logistik. Die Entwicklung des Finanzplatzes ist ebenfalls mit dem Immobilienmarkt verbunden. Die steigenden Wohnungspreise bieten ein prädestiniertes Terrain für Spekulationen. Die ersten Warnungen seitens der Europäischen Zentralbank sind bereits an das Finanzministerium gerichtet worden.

Die internationale Verantwortung Luxemburgs

Die nächste Regierung muss die Diversifizierung der Wirtschaft weiter vorantreiben, um sie krisensicherer zu machen. Der Druck auf das Luxemburger Steuermodell wird stetig steigen. Die Finanzindustrie muss Änderungen auf nationaler und supranationaler Ebene (EU und OECD) in Kauf nehmen – und auch die breite Öffentlichkeit muss sich darüber im Klaren sein. Die Regierung muss alles tun, um die fragwürdigen Steuerpraktiken progressiv abzuschaffen, und gleichzeitig durch Innovation die Wettbewerbsfähigkeit bewahren.

Die Steuergerechtigkeit muss den Kern der politischen Debatte in Luxemburg bilden. So muss den Finanzunternehmen deutlich gemacht werden, dass ein regressives Steuermodell, also je höher der Gewinn desto niedriger die Besteuerung, auf Dauer nicht vertretbar ist – und auch nicht nachhaltig. Die

Besteuerung von GAFAs, so wie die Jusos es bereits vor über einem Jahr gefordert haben, ist unvermeidbar und muss schnellstmöglich durchgesetzt werden.

Die Frage nach Moral und Ethik muss gestellt werden: Man kann nicht mit Nahrungsmitteln spekulieren, für die Aufrüstung Milliarden ausgeben, im Wettbewerb um Rohstoffe Lebensräume und Umwelt zerstören und Konflikte und Bürgerkriege provozieren. Das ist nicht gutzumachen, selbst wenn man 1 % des BNE für Entwicklungspolitik ausgibt: Es mag das Gewissen beruhigen, den angerichteten Schaden kann man dadurch sicher nicht ausgleichen. Luxemburg sollte die Chance nutzen und seinem Finanzplatz eine soziale, ökologische und humane Dimension geben. Dies wäre nicht nur von Vorteil für den Ruf und die Stabilität des Finanzplatzes, sondern auch für das Lebensgefühl und das Selbstbewusstsein der Bürger dieses Landes. ■



Jimmy Skenderovic

– Rümelingen

– Ökonom, Attaché im Nachhaltigkeitsministerium

– Präsident der Jungsozialisten (JSL)

– politisch aktiv seit 2007

Die Digitalisierung des Arbeitsmarktes und der Bildung

D

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sieht sich zunehmend mit Digitalisierungstendenzen konfrontiert, von denen das Wirtschafts-, Sozial-, Arbeits- und Privatleben nicht verschont bleibt. Besonders großen Einfluss hat die Digitalisierung auf die Berufswelt. Einige der bestehenden Berufsformen könnten schon bald der Vergangenheit angehören. Auch wenn Ängste, die durch diese Veränderungen bei vielen Beschäftigten entstehen, durchaus nachvollziehbar sind, kann die Digitalisierung auch positiv betrachtet werden. Experten gehen davon aus, dass dort, wo verschiedene Berufsformen wegfallen könnten, neue Berufe entstehen werden.

Um Luxemburg optimal auf die bevorstehenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten, muss die Politik schon heute die nötigen Weichen stellen und konkrete Maßnahmen umsetzen.